

Pressemitteilung

Berlin, den 28. September 2022

Parlamentarischer Abend der Buswirtschaft

Politik und Wirtschaft diskutieren über Zukunft der Mobilität

Zahlreiche führende Verkehrspolitikern und Verkehrspolitiker des Deutschen Bundestages sowie Vertreter:innen verschiedener Bundesministerien kamen gestern zum traditionellen Parlamentarischen Herbst-Abend des privaten Busgewerbes. Neben den Auswirkungen des Fahrpersonalmanagements wurde vor allem über das Nachfolgemodell des 9-Euro-Tickets sowie die damit verbundene notwendige Sicherung der Bestandsverkehre und eine faire Einnahmeverteilung diskutiert. Die Begrüßungsrede des Abends hielt Daniela Kluckert, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

Berlin, den 28. Sept. 2022 - Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen e. V. (bdo) konnte zu seinem traditionellen Parlamentarischen Herbst-Abend neben zahlreichen Busunternehmerinnen und Busunternehmern, Vertreter:innen aus Wirtschaft und Ministerien auch wieder über 30 Mitglieder des Deutschen Bundestages begrüßen. In diesem Jahr wurde die Veranstaltung erstmals als Abend der Buswirtschaft im Zollparkhof gegenüber dem Reichstagsgebäude ausgerichtet. **Im Vordergrund des politischen Austauschs standen drängende Branchenthemen - neben den Auswirkungen des Fahrpersonalmanagements wurden mögliche Nachfolgemodelle des 9-Euro-Tickets, die Sicherung der Bestandsverkehre, der Vorrang der eigenwirtschaftlichen Verkehre, eine faire Einnahmeverteilung und der noch immer fehlende Energiekostenausgleich diskutiert.** bdo-Präsident Hülsmann versicherte den anwesenden Entscheidungsträger:innen, dass die private Busbranche trotz der derzeitigen Krisensituation aktiv an der Umgestaltung des Mobilitätssektors mitarbeiten wird.

Seit dem Ende des landesweiten 9-Euro-Tickets wurde intensiv in Bund und Ländern über mögliche Nachfolgemodelle diskutiert. Diese Debatten dürfen aber nicht die eigentlichen Probleme des ÖPNV überlagern: **Der auch von den Ländern geforderte Ausgleich für die gestiegenen Kosten fehlt noch immer. Bevor es mit der Weiterführung verbilligter Tickets weitergehen sollte, müssen sich Bund und Länder zuerst über die ausreichende Finanzierung der Bestandsverkehre einigen. Seit vielen Monaten ist bei dieser wichtigen Frage trotz höchster finanzieller Belastung der Unternehmen keine Einigung in Sicht. Außerdem muss bei jedem Nachfolgemodell ein Ausgleich der entgangenen Einnahmen durch verbilligte ÖPNV-Angebote für die Unternehmen garantiert sein, denn zahlreiche Busunternehmen haben keinen Ausgleich für die 3 Monate des 9-Euro-Tickets erhalten.**

Dementsprechend mahnte bdo-Präsident Karl Hülsmann in seiner Begrüßungsrede faire Wettbewerbsbedingungen und bessere Rahmenbedingungen für den Busmittelstand an: „Es kann nicht sein, dass Aufgabenträger in der größten Energie- und Wirtschaftskrise aller Zeiten Geld vom Bund für ein Nachfolge- 9-Euro-Ticket erhalten und dieses nicht an die Busbetriebe weiterleiten. Dies ist nicht nur moralisch verwerflich, weil es Existenzen vernichtet. Es ist auch europarechtswidrig, wie jüngst der EuGH in einem ähnlich gelagerten Fall aus Estland klar und deutlich entschieden hat. Der bdo mahnt Bund und Länder eindringlich, zunächst eine saubere beihilferechtliche Lösung zu erarbeiten, die auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gilt, bevor weiter die Existenzen familiengeführter Betriebe aufs Spiel gesetzt werden.“

Darüber hinaus stand an diesem Abend der Buswirtschaft noch ein besonderes Jubiläum auf dem Programm: **Vor 10 Jahren wurde durch Bundestagsbeschluss die Liberalisierung des Fernbusmarktes in Deutschland vollzogen. Seitdem hat sich der Fernbuslinienverkehr überaus erfolgreich als günstige und umweltverträgliche Alternative etabliert. Sollte ein 9-Euro-Nachfolgeticket kommen, muss deshalb auch der Fernlinienverkehr mit Bussen einbezogen werden.** Alles andere wäre nicht nachvollziehbar, will man gerade in ländlichen Räumen, die über keinen Bahnanschluss verfügen, die bestehenden Verkehrsangebote erhalten. Darüber hinaus fordert der bdo für alle Busreisen einen reduzierten Mehrwertsteuersatz.

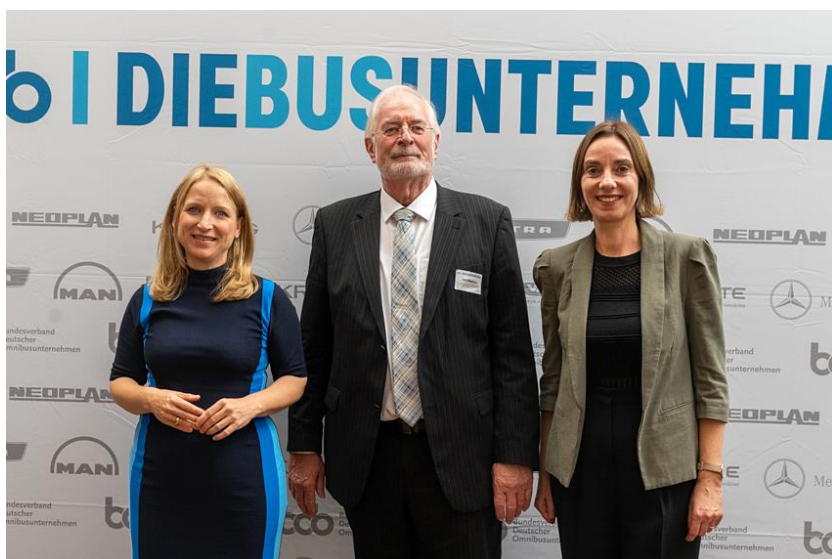
++++

Fotos: © Michael Fahrig

www.michael-fahrig.com/bdo/Abend_der_Buswirtschaft_1_Druckdaten.zip



Daniela Kluckert, PStS, bei Ihrer Begrüßungsrede



v.l.: Daniela Kluckert, PStS, bdo-Präsident Karl Hülsmann, bdo Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard



v.l.: Stefan Schmidt, MdB; Nico Tippelt, MdB; Martina Enghardt-Kopf, MdB; bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard; Daniela Kluckert (PStS); Matthias Gastel, MdB; Ulrich Lange, MdB; Henning Rehbaum, MdB; bdo-Präsident Karl Hülsmann

++++

Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. ist der Spitzenverband der deutschen Busbranche und vertritt die Interessen von rund 3.000 privaten und mittelständischen Unternehmen aus den Bereichen Personennahverkehr, Bustouristik und Fernlinienverkehr gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Kontakt: Till Dreier, Referent Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 030 / 24089 300 | E-Mail: Till.Dreier@bdo.org

Die EU-Datenschutzgrundverordnung: Hinweis zum Umgang mit Ihren Daten

Dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. ist der Schutz Ihrer Daten ein besonderes Anliegen. Mit unseren Newslettern und Veranstaltungshinweisen informieren wir Sie über die Arbeit des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. und wichtige Themen des Busgewerbes. Gerne möchten wir Sie auch in Zukunft über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden halten. Sofern Sie keine Informationen wie Newsletter und Veranstaltungshinweise mehr von uns erhalten möchten, können Sie uns dies selbstverständlich jederzeit ohne Angabe von Gründen per E-Mail an info@bdo.org oder auf dem Postweg an bdo e.V., Reinhardtstr. 25, 10117 Berlin mitteilen. Sie werden dann die Informationen nicht mehr von uns erhalten. Fragen zum Umgang des bdo e.V. mit Ihren Daten beantworten wir gerne unter info@bdo.org.